



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 73. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

### Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2023/430, Antrag 012. und Postulat GR Nr. 2023/566

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024

Gemeinsame Behandlung der Anträge 012. und 012a. (Postulat GR Nr. 2023/566)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Selina Walgis (Grüne):** Die Grünen beantragen eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für die Humanitäre Hilfe im Ausland. Der Betrag soll von 600 000 Franken auf 1,5 Millionen Franken erhöht werden. Dies entspricht der Budgetierung des Stadtrats. Die Stadt verfügt über eine solide finanzielle Grundlage und trägt Verantwortung für die Unterstützung der von Krisen und Gewalt betroffenen Menschen. Bekannterweise werden Krisen nicht weniger. Die Klimakrise ist nur ein Beispiel. Während die Stadt noch nicht schnell genug auf das Netto-Null-Ziel hinarbeitet, gibt es immer mehr Klimaflüchtlinge auf der Welt. Der erhöhte Beitrag zur humanitären Hilfe ist folglich auch ein Beitrag für mehr Klimagerechtigkeit. Auch Konflikte und Kriege werden nicht weniger, wodurch mehr Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Damit der Stadtrat in dieser Angelegenheit genügend Spielraum hat, ist die Erhöhung dieses Betrags zentral. Ich finde es traurig, dass nicht alle Fraktionen diesem Antrag folgen werden.

**Markus Haselbach (Die Mitte):** Für das Konto Humanitäre Hilfe im Ausland budgetierte der Stadtrat den gleichen Betrag wie in den Jahren 2019 und 2020. Mit diesem Geld werden hochwertige Projekte von Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGO) unterstützt, die direkte Hilfe an Betroffene gewährleisten. Das Budget 2023 ist noch nicht ausgeschöpft. Für die Opfer der Wirbelstürme in Bangladesch, die ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die Opfer der Hungersnot im Tschad und für den aktuellen Konflikt im Nahen Osten werden noch Anträge geprüft. Diese Beispiele zeigen, dass die Beträge auf dem Konto kaum planbar sind. Eingestellte Werte basieren auf Erfahrungen aus den letzten Jahren. Es gibt keinen Grund, den eingestellten Wert zu ändern. Falls überzeugendere Anträge folgen, kann zusätzliches Geld via Nachtragskredit beschafft werden. Seitens Präsidialdepartement (PRD) wurde mir bestätigt, dass alle Gesuche in den letzten Jahren gutgeheissen wurden. Folglich unterstützen wir den Antrag des Stadtrats.



**Yves Henz (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2599/2023): *In diesem Postulat geht es um Humanitäre Hilfe für die Binnenvertriebenen in Nordsyrien. Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Menschlichkeit unter Beschuss steht. Der Kampf um die Menschlichkeit ist der Ursprung der Humanitären Hilfe und dieses Postulats. Die Menschen in Nordsyrien sind in ihrem Leben und ihrer Würde akut bedroht. Seit Jahren wird ihre Freiheit vom Assad-Regime, von islamistischen Gruppierungen und der Türkei angegriffen. In den letzten Jahren haben die Menschen in Nordsyrien nichtstaatliche Selbstverwaltungsorganisationen gegründet, um sich für Menschlichkeit, Freiheit und Demokratie einzusetzen. Diesen mutigen Menschen spreche ich meinen Dank aus. Die humanitäre Lage hat sich in den letzten Monaten besonders für die Binnenvertriebenen massiv verschlechtert, zum Teil als Folge des schweren Erdbebens, aber auch wegen der massiven Bombardierung der Krankenhäuser, Wasser-, Strom- und Gasinfrastrukturen. Dass der Konflikt in Nordsyrien nicht stärker thematisiert wird, kommt einem internationalen Medienversagen gleich. Die Stadt hat bezüglich der Humanitären Hilfe in dieser Region eine löbliche Rolle inne. Nach der Beschiessung und Besetzung der Stadt Afrin im Jahr 2018 beschloss der Stadtrat ein erstes Paket für die Binnenvertriebenen. Danach gab es weitere Hilfspakete. In dieser Tradition steht dieses Postulat. Wir fordern, dass erneut mit der lokalen Selbstverwaltung zusammengearbeitet und für die Binnenvertriebenen ein umfassendes Hilfspaket geschnürt wird. Die Hilfe soll über Organisationen abgewickelt werden, die mit den Selbstverwaltungen zusammenarbeiten. Dies ist eine bewährte Praxis.*

**Markus Haselbach (Die Mitte)** stellt namens der Die Mitte/EVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Die Die Mitte/EVP-Fraktion erachtet es als prinzipiell sinnvoll, wenn die Zusammenarbeit von Schweizer NGO mit lokalen Organisationen den Vertriebenen in Nordsyrien helfen würde. Das Postulat finden wir in Anlehnung an unsere Begründung des Antrags 012 unnötig. Denn die Humanitäre Hilfe im Ausland kann von der Stadt Unterstützung erhalten, falls entsprechende Anträge vorhanden sind. Es wäre also notwendig, dass Schweizer NGO überzeugende Anträge einreichen. Folgend könnte die Stadt Unterstützung leisten. Wir unterstützen das Postulat nicht.*

Weitere Wortmeldung:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Die GLP unterstützt die Möglichkeit des Stadtrats, einmalige Unterstützung in allen möglichen Regionen der Welt leisten zu können. In diesem Sinn unterstützen wir eine Erhöhung. Aktuell ist es wahrscheinlich korrekt, dass eher mehr als weniger Geld benötigt wird. Dass der Gemeinderat dem Stadtrat vorschreibt, wo er die Unterstützung zu leisten hat, lehnen wir ab und folglich auch das Postulat.*



3 / 4

S. 140	<b>15</b> <b>1505</b> <b>3638 00 100</b>	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung</b> <b>Humanitäre Hilfe im Ausland</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>012.</b>	Antrag Stadtrat				600 000 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
				900 000	1 500 000 Mehrheit	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Es sollen mehr Krisen- und Gewaltbetroffene unterstützt werden.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

**2640. 2023/566**  
**Postulat der AL-, Grüne- und SP-Fraktion vom 06.12.2023:**  
**Umfangreiches humanitäres Hilfspaket für Binnenvertriebene in Nordostsyrien**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/430, Beschluss-Nr. 2626/2023, Antrag Nr. 012.

Yves Henz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2599/2023).

Markus Haselbach (Die Mitte) stellt namens der Die Mitte/EVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat